

Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE

Änderung vom 14. September 2007

Die Vereinbarungskonferenz der IVSE

beschliesst:

I.

Die Interkantonale Vereinbarung für Soziale Einrichtungen IVSE vom 13. Dezember 2002¹⁾ wird wie folgt geändert:

Titel vor Art. 1

1.1. Zweck

Titel vor Art. 2

1.2. Geltungsbereich

Art. 2 Abs. 1 Bereiche A, B und D

¹ Die IVSE bezieht sich auf Einrichtungen der folgenden Bereiche:

- A Stationäre Einrichtungen, die gestützt auf eidgenössisches oder kantonales Recht Personen bis zum vollendeten 20. Altersjahr, längstens jedoch bis nach Abschluss der Erstausbildung beherbergen, sofern sie vor Erreichen der Volljährigkeit in eine Einrichtung eingetreten oder dort untergebracht worden sind.

Im Fall von Massnahmen gemäss dem Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht ¹⁾ liegt die Altersgrenze unabhängig vom Eintrittsalter beim vollendeten 22. Altersjahr.

- B Einrichtungen für erwachsene, invalide Personen oder Einheiten solcher Einrichtungen gemäss dem Bundesgesetz über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) ²⁾:

- a) Werkstätten, die dauernd intern oder an dezentral ausgelagerten Arbeitsplätzen invalide Personen beschäftigen, die unter üblichen Bedingungen keine Erwerbstätigkeit ausüben können;
- b) Wohnheime und andere betreute kollektive Wohnformen für invalide Personen;
- c) Tagesstätten, in denen invalide Personen Gemeinschaft pflegen und an Freizeit- und Beschäftigungsprogrammen teilnehmen können.

Einheiten von Einrichtungen, welche die gleichen Leistungen wie die Einrichtungen gemäss lit. a bis c erfüllen, sind gleichgestellt.

- D Einrichtungen der externen Sonderschulung:

- a) Sonderschulen für Unterricht, Beratung und Unterstützung inklusive integrativer Sonderschulung sowie für die Tagesbetreuung, sofern diese Leistung von der Einrichtung erbracht wird;
- b) Früherziehungsdienste für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder;
- c) Pädagogisch-therapeutische Dienste für Logopädie oder Psychomotoriktherapie, sofern diese Leistungen nicht innerhalb des Regelschulangebotes erbracht werden.

¹⁾ SR 311.1

²⁾ SR 831.26

Art. 3

Ausnahmen

¹ Einrichtungen, die einem Konkordat über den Vollzug von Strafen und Massnahmen (Straf- und Massnahmenvollzugskonkordate) unterstellt sind, fallen nicht unter diese Vereinbarung.

² Einrichtungen für Betagte, sowie medizinisch geleitete Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung.

³ Einheiten von Einrichtungen gemäss Abs. 2 mit eigener Rechnung und Leitung können der IVSE ebenfalls unterstellt werden, wenn sie deren Voraussetzungen erfüllen.

⁴ Einrichtungen fallen nicht unter diese Vereinbarung für Leistungen, die sie zur beruflichen Eingliederung im Sinne der Bestimmungen des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung ¹⁾ erbringen.

Titel vor Art. 4*1.3. Begriffe***Art. 4 lit. e**

Die folgenden Begriffe werden im Rahmen der IVSE auf Grund der nachstehenden Definitionen verwendet:

e) Standortkanton

Standortkanton ist der Kanton, in dem die Einrichtung ihren Standort hat. Wird die unternehmerische und finanzielle Herrschaft über die Einrichtung in einem anderen Kanton ausgeübt, so kann dieser als Standortkanton vereinbart werden.

Titel vor Art. 5*1.4. Nachträgliche Wohnsitznahme und Aufenthalt***Art. 5**Besondere
Zuständigkeit

¹ Der Aufenthalt in einer Einrichtung gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich B lit. b bewirkt keine Änderung der bisherigen Zuständigkeit für das Leisten der Kostenübernahmegarantie.

² Für Vergütungen von Leistungen der externen Sonderschulung hat derjenige Kanton die Kostenübernahmegarantie zu leisten, in dem sich der Schüler oder die Schülerin aufhält.

¹⁾ SR 831.20

Titel vor Art. 6

2.1. Konstituierung der IVSE, Vollzug, Organe

Titel vor Art. 10

2.2. Verbindungsstellen

Titel vor Art. 12

2.3. Regionalkonferenzen

Titel vor Art. 14

2.4. Schweizerische Konferenz der Verbindungsstellen IVSE

Titel vor Art. 16

2.5. Rechnungsprüfungskommission

Titel vor Art. 17

2.6. Geschäftsführung

Art. 17 Abs. 3

³ *Aufgehoben.*

Titel vor Art. 19

3.1. Grundsatz

Art. 19 Abs. 1 und 2

¹ Der Wohnkanton sichert der Einrichtung des Standortkantons mittels der Kostenübernahmegarantie die Leistungsabgeltung zu Gunsten der Person für die zu garantierende Periode zu.

² Die zahlungspflichtigen Stellen und Personen des Wohnkantons schulden der Einrichtung des Standortkantons die Leistungsabgeltung für die Leistungsdauer.

Titel vor Art. 20**3.2. Leistungsabgeltung****Art. 20 Abs. 1**

¹ Die Leistungsabgeltung berechnet sich aus dem anrechenbaren Nettoaufwand abzüglich der Bau- und Betriebsbeiträge des Bundes. Der verbleibende Betrag wird auf die Person pro Verrechnungseinheit umgerechnet.

Art. 23 Abs. 2

² Besteht zwischen dem Standortkanton und seiner Einrichtung keine Abmachung bezüglich der Methode P, so kommt die Methode D zur Anwendung.

Art. 24 Abs. 1^{bis}, 1^{ter} und 1^{quater} (neu), Abs. 2

^{1bis} Für Leistungen von Werkstätten gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich B lit. a gelten die vereinbarten Arbeitsstunden als Verrechnungseinheit.

^{1ter} Für Leistungen von Tagesstätten gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich B gilt der Aufenthaltstag als Verrechnungseinheit. Der Vorstand VK erlässt eine Richtlinie zur Definition des Aufenthaltstages.

^{1quater} Für Leistungen, die von Sonderschulen ausserhalb der Einrichtung erbracht werden sowie für Leistungen von Sonderschuleinrichtungen gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich D lit. b und c gilt die Unterrichts-, Therapie- oder Beratungsstunde als Verrechnungseinheit.

² Bei der Methode P kann von den Verrechnungseinheiten gemäss Abs. 1, 1^{bis}, 1^{ter} und 1^{quater} abgewichen werden.

Art. 25 Abs. 1

¹ Die Einrichtung des Standortkantons kann den zahlungspflichtigen Stellen und Personen monatlich Rechnung stellen. Die Rechnungen sind innert 30 Tagen nach Eingang zu bezahlen.

Titel vor Art. 26**3.3. Kostenübernahmegarantie****Art. 26 Abs. 1**

¹ Die Verbindungsstelle des Standortkantons holt vor der Unterbringung oder vor dem Eintritt der Person bei der Verbindungsstelle des Wohnkantons die Kostenübernahmegarantie ein.

Art. 27 Abs. 1

¹ Die Kostenübernahmegarantie kann befristet und mit Auflagen versehen sein. Bei einem Wechsel des Wohnkantons holt der Standortkanton eine neue Kostenübernahmegarantie ein.

Titel vor Art. 28

*3.4. Regeln für erwachsene Personen mit Behinderungen
gemäss Bereich B*

Art. 28 Abs. 1 und 2

¹ Für erwachsene, invalide Personen gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich B lit. b und c gelten in teilweiser Abweichung von Kapitel III (Leistungsabgeltung und Kostenübernahmegarantie) die nachfolgenden Regeln.

² Die erwachsene, invalide Person in Einrichtungen gemäss Art. 2 Abs. 1 Bereich B lit. b und c trägt die Kosten der Leistungsabgeltung teilweise oder vollständig aus ihrem Einkommen und aus Anteilen des Vermögens.

Titel vor Art. 30

3.5. Regeln für den Bereich C

Titel vor Art. 31

4.1. Liste der Einrichtungen

Art. 31

¹ Der Standortkanton bezeichnet die Einrichtungen in seiner Zuständigkeit, welche er der IVSE zu unterstellen beabsichtigt, teilt sie im Sinne des Art. 2 Abs. 1 den entsprechenden Bereichen zu, bezeichnet die von der Einrichtung angewandte Methode der Leistungsabgeltung gemäss Art. 23 und meldet diese Angaben dem Zentralsekretariat der SODK.

² Fallen nicht alle Abteilungen einer Einrichtung unter die IVSE, so bezeichnet der Standortkanton ausdrücklich jene Abteilungen, auf welche die IVSE Anwendung finden soll.

Titel vor Art. 33*4.2. Qualität und Wirtschaftlichkeit***Art. 33 Abs. 1**

¹ Die Standortkantone gewährleisten in den dieser Vereinbarung unterstellten Einrichtungen einen therapeutisch, pädagogisch und wirtschaftlich einwandfreien Betrieb.

Titel vor Art. 34*4.3. Kostenrechnung***Art. 34 Abs. 1**

¹ Die Standortkantone sorgen dafür, dass die ihnen unterstellten Einrichtungen eine Kostenrechnung führen.

Titel vor Art. 35*V. Rechtsschutz und Streitbeilegung***Art. 35 und Marginalie**

Streitbeilegung

Kantone und Organe bemühen sich, Streitigkeiten aus der IVSE durch Verhandlungen oder Vermittlung beizulegen. Sie befolgen hierbei die Vorschriften der Streitbeilegung gemäss Art. 31 ff. der Rahmenvereinbarung für die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (Rahmenvereinbarung, IRV) vom 24. Juni 2005¹⁾.

Art. 35^{bis} (neu)

Sitz

Der Sitz der IVSE ist am Standort des Zentralsekretariates der SODK.

Art. 35^{ter} (neu)Anwendbares
Recht

Es gilt das Recht des Sitzkantons.

¹⁾ SAR 615.010

Titel vor Art. 36

6.1. Beitritt zur IVSE

Titel vor Art. 38

6.2. Kündigung der IVSE

Titel vor Art. 39

6.3. Inkrafttreten der IVSE

Titel vor Art. 40

6.4. Aufhebung der IVSE

Art. 40 Abs. 3 (neu)

³ Ein allfälliger Liquidationsgewinn ist der SODK zu überweisen.

Titel vor Art. 42

6.5. Übergangsregelung IHV/IVSE

Art. 42 Abs. 2 (neu)

² Für bestehende Kostenübernahmegarantien, bei denen sich die Leistungsabteilung infolge des Wegfalls der Beiträge der IV verändert, müssen dem Wohnkanton bis zum 31. März 2008 neue Gesuche unterbreitet werden. Dies gilt auch betreffend Leistungen, für welche bis zum 31. Dezember 2007 noch keine Kostenübernahmegarantien geleistet wurden, sofern sich die Berechnung der Leistungsabteilung verändert.

II.

Die Vereinbarungskonferenz hat am 14. September 2007 in Lausanne den Anpassungen der IVSE an die NFA mit Inkrafttreten per 1. Januar 2008 zugestimmt.

Vom Regierungsrat genehmigt am: 7. November 2007¹⁾

Inkrafttreten: 1. Januar 2008

¹⁾ RRB 1517 vom 7. November 2007